№ 60. Sonnabend, den 11. März 1899. 26. Jahrgang.

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Bezugspreis für Thorn bei Abholung in der Geschäftsstelle, Brückenstraße 34, in den Ausgabestellen und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus gebracht 2 Mark.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Anzeigengebühr
die 5gesp. Kleinzeile oder deren Raum 10 Pf., an bevorzugt. Stelle (unter dem Strich) die Zeile 20 Pf. Anzeigen-Annahme: in der Geschäftsstelle, Brückenstr. 34, für die Abends erscheinende Nummer bis 2 Uhr Nachm. Auswärts: Sämmtl. Zeitungen u. Anzeigen-Annahme-Geschäfte.

Schriftleitung: Brückenstraße 34, 1 Treppe.
Sprechzeit: 10—11 Uhr Vormittags und 3—4 Uhr Nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 46.
Anzeigen-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Geschäftsstelle: Brückenstraße 34, Laden.
Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Die Märzgefallenen und das preußische Abgeordnetenhaus.

Zu den Verhandlungen über die Märzereignisse von 1848, welche durch die Versagung der Bauerlaubniß für die Einfriedigung des Friedhofs der Märzgefallenen am Mittwoch im Abgeordnetenhause veranlaßt wurden, bedauert die nationalliberale „Nationalzeitung“, daß Minister v. Miquel nicht anwesend gewesen sei. Von diesem, so meint sie, hätte man allerdings eine angemessene Würdigung des unlösbaren Zusammenhanges der Begründung des Deutschen Reiches mit der Revolution von 1848 verlangen können; „denn er war einer der Führer des Nationalvereins, der zehn Jahre nach dem Scheitern jener Bewegung die Agitation für die Verwirklichung der in der Paulskirche beschlossenen Verfassung, mit deutschem Parlament und deutschem Kaiserthum, wieder aufgenommen hatte; Herr v. Miquel hätte die Herren Graf Limburg-Stirum und v. Puttkamer-Plauth, die von einem solchen Zusammenhang nichts wissen wollten, belehren können, daß die Mehrheit des deutschen Volkes im Jahre 1866 aus der Kampfstellung gegen das Ministerium des preußischen Verfassungsstreites nur darum unmittelbar den Uebergang zur Unterstützung der Bismarckschen nationalen Politik fand, weil sie in ihr die Verwirklichung der vom Nationalverein vertretenen Einigungsbestrebungen des Jahres 1848 erkannte.“

Weiterhin spottet die „Nat.-Ztg.“ über den Historiker Graf Limburg-Stirum. „Hätte er nur behauptet, daß jene verhängnißvolle Berliner Episode der 1848er Bewegung für keines derjenigen Ergebnisse bedeutungsvoll geworden, welche seitdem die preußisch-deutsche Geschichte maßgebend beinflußt haben, so brauchte man ihm nicht zu widersprechen; immerhin würde auch dann noch eine Auffassung, welche sich sogar nach fünfzig Jahren über die anständige Herrichtung der Ruhestätte der Märzgefallenen entrüstet, höchst engherzig sein; denn ohne die schweren Fehler der damals in Preußen herrschenden Kreise wäre die Stimmung nicht vorhanden gewesen, in welcher ein unglücklicher Zufall, die beiden aus Versehen von Soldaten abgefeuerten Schüsse, die Ereignisse vom 18. und 19. März hervorrufen konnte. Sogar auf jenen traurigen Straßenkampf mit Selbstgerechtigkeit zurückzublicken, sind deshalb die politischen Nachkommen jener konservativen Partei der vierziger Jahre nicht berechtigt, welche die Schuld daran trug, daß es in Preußen einer Revolution bedurfte, um zu konstitutionellen Zuständen zu gelangen. Diese Revolution aber war längst im Gange, als das unheilvolle Zwischenspiel vom 18. März entstand; unter ihrem Drucke hatte der König konstitutionelle Versprechungen gemacht.“ Die Revolution habe nicht im Barrikadenkampf des März bestanden und nicht in den späteren Berliner Krawallen, sondern erfüllte das ganze Land, dank den Sünden des alten Regiments. Bismarck sei der Testamentsvollstrecker der deutschen Revolution gewesen, während die Konservativen erst mühsam zur Beihilfe hierbei herangezogen werden mußten.

„Als König Wilhelm am 24. Februar 1867 den norddeutschen Reichstag eröffnete, der die Bundesverfassung zu vereinbaren berufen war, knüpfte er in der Thronrede in einer für ganz Deutschland verständlichen Weise an den gescheiterten Versuch von 1848 an, indem er sprach: „Niemals hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wieder zu erringen. Wenn diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziele geführt, wenn sie die Zerrissenheit, anstatt sie zu heilen, nur gesteigert haben, weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Werth der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Thatsachen täuschen ließ, so erkennen wir daraus die Notwendigkeit, die Einigung des deutschen Volkes an der Hand der Thatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerten zu opfern.“ Und am Schluß der Rede: „Möge durch unser gemeinsames Werk der Traum von Jahrhunderten, des Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegengeführt werden.“ So haben Wilhelm I. und Bismarck mit der Realpolitik von 1866 an die Idealpolitik von 1848 angeknüpft. Revolutionär war, auch nach dem Zeugnis Treitschkes, die eine wie die andere.“

Daß beim Bauetat die Freisinnige Volkspartei eine politische Debatte im Abgeordnetenhause herbeiführte, wird von der gegnerischen Presse zum Gegenstand des Vorwurfs gemacht. Eine solche Debatte ist aber doch nur die Folge davon, daß man eben seitens der Behörden bei der Handhabung der Baupolizei geglaubt hat, hohe Politik treiben zu müssen. Der Bautenminister ist formell in erster Reihe für die Verfügung des Berliner Polizeipräsidiums verantwortlich. Die Behauptung ist falsch, daß Polizeimaßregeln lediglich mit dem Etat des Ministeriums des Innern zusammenhängen. Ebenso willkürlich ist der Vorwurf des Versuchs einer Beeinflussung der richterlichen Entscheidung über die erhobene Klage. Die Freisinnige Volkspartei bestreitet das Recht zum Erlaß jener Verfügung auf das Entschiedenste; aber abgesehen davon hält sie es auch für ungerechtfertigt von einem solchen Recht, wenn es vorhanden wäre, Gebrauch zu machen.

Auch die amtliche „Berliner Korrespondenz“ aus dem Ministerium des Innern spricht von einer „gänzlich deplacirten demokratischen Demonstration“. Die Berliner Polizeiverwaltung habe nur ihre Pflicht erfüllt, wenn sie der „monumentalen Verewigung revolutionärer Ereignisse hindernd in den Weg trat“. — Daß bei dem von dem konservativen Stadtbaurath Hoffmann, dem Erbauer des Reichsgerichts, aufgestellten Bauprojekt nicht von einer Verherrlichung der Revolution die Rede sein kann, darüber sollte doch wohl kein Zweifel mehr obwalten. Die Regierung aber hätte die angebliche Demonstration des letzten Mittwoch von vornherein verhindern können durch die Genehmigung des Bauprojektes für die Einfriedigung des Kirchhofs.

Vom Reichstage.

52. Sitzung vom 9. März.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär Nieberding.

Tagesordnung: Erste Lesung der sogenannten lex Heintze in Verbindung mit dem dieselben Gegenstände behandelnden Antrage (Gesetzentwurf) Prinz Arenberg, sowie einem Antrage Frhrn. von Stumm wegen Verschärfung der Strafen auf Sittlichkeitsverbrechen, insbesondere auf gegen Kinder gerichtete.

Staatssekretär Nieberding rekapitulirt die Vorgeschichte des Entwurfs, die sich bereits durch zwei Legislaturperioden hinziehe. Es sei ein bedauerliches Schauspiel, welches Reichstag und verbündete Regierungen dem Lande gegeben, indem sie in diesen Fragen, welche das sittliche Empfinden des Volkes berühren, zu einer Verständigung nicht gelangen konnten. Dabei befinde das Reich sich gegenwärtig in einer Periode des sittlichen Niederganges. Laut Ausweis der Statistik seien die Sittlichkeitsverbrechen und Vergehen an Zahl immer mehr und erheblich gestiegen, namentlich auch diejenigen gegen Kinder. Die verbündeten Regierungen appellirten jetzt nochmals an das hohe Haus. Erklären wolle er, daß die Regierungen dem sogenannten Arbeiterparagraph unter keinen Umständen zustimmen würden. Von den vorliegenden Anträgen sei der Antrag Prinz Arenberg für die Regierungen unannehmbar.

Abg. Roeren (Zentr.) empfiehlt den Antrag seiner Fraktion, dessen § 184a sich namentlich gegen das Tingeltangelwesen richte, wo sich platte, widerwärtige Nacktheit breit mache ohne jede Spur von Kunst. Daß die Regierung einen solchen Paragraphen weggelassen in ihrem Entwurf, müsse man ihr zum Vorwurf machen. Was man im Bilde nicht dulde, wenn es ausgestellt werde, das wirke doch auf der Bühne noch viel sinnlicher. Seine, Redners, Partei wolle vor Allem die unverdorbene Jugend geschützt wissen, deshalb lege sie das Hauptgewicht auf § 184 und dessen Ergänzungen: Ausstellung und Verbreitung unzüchtiger Bilder und Schriften. Eine Verurtheilung solle nur erfolgen, wenn die Verletzung des Schamgefühls eine gröbliche sei, und wenn die Ausstellung solcher Dinge zu geschäftlichen Zwecken erfolge. Redner befürwortet noch den § 182a, den Arbeitergeberparagraph, und empfiehlt Ueberweisung von Vorlage und Anträgen an eine 14gliedrige Kommission.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) meint, der § 184 des Zentrums gehe zu weit; die Grenze zwischen Unsittlichkeit und Kunst sei doch nicht so deutlich, wie Vorredner dies glaube. Redner legt den Schwerpunkt dann auf den Schutz der Jugend gegen ihr angethane Verbrechen und bemerkt weiterhin, er sei auch der Ansicht, daß die Prügelstrafe entwürdige. Wer aber so verthiert sei, daß er an einem Kinde Nothzucht übe, der sei kein Mensch, der sei ein Thier und da sei die Prügelstrafe angebracht.

Abg. Limburg (kons.) erklärt, seine Freunde stimmten im Großen und Ganzen dem Regierungsentwurfe zu; nur gegen einzelne Bestimmungen hätten sie Bedenken. So sei es nicht richtig, daß mildernde Umstände selbst dann zuläßig sein sollen, wenn ein Ehemann die Ehefrau verkuppele. Der vom Zentrum gewünschte Arbeitgeberparagraph sei seinen Freunden unannehmbar wegen der Gefahr falscher Denunziationen. Dem Antrage Stumm stimmten seine Freunde zu.

Abg. Endemann (ntl.) hält es ebenfalls für wünschenswerth, daß etwas zu Stande komme, namentlich der erste Theil der Vorlage (betr. die Kuppeleiparagraphen), die §§ 180 und 181. Bei Annahme dieser Paragraphen werde sich vielleicht die Prostitution, welche ein unausrottbares, ja vielleicht ein nothwendiges Uebel sei, (Bewegung), besser reglementiren lassen. Die beseeligende Kraft (Rufe: Aha!) der Kirche könne ein großer Theil seiner protestantischen Freunde nicht anerkennen. Wohl erkennten sie die Kraft und den Segen an, der in der Kirchlichkeit bestehe. Aber sie fänden das Wesen des Protestantismus mehr in individualisirender Richtung. Eine gefestete Moral sei das Beste, was seine Freunde anerkennten: die Liebe zu den Mitmenschen, die christliche Moral: liebe Deinen Nächsten! Er bitte um Verweisung der Materie an eine 21gliedrige Kommission.

Abg. Bargmann (frs. Vp.) meint, die Regierungsvorlage habe vor dem Zentrumsentwurf den Vorzug, daß sie gefährliche Bestimmungen fallen lasse, so die Erhöhung der Schutzgrenze für Mädchen von 16 auf 18 Jahre; ferner den Arbeitgeberparagraph. Auch dem Theaterparagraphen des Zentrum könne er nicht zustimmen, dagegen sei er mit der Stummschen Resolution einverstanden. Billigen könne er noch an der Regierungsvorlage die Kuppeleiparagraphen, ebenso im Prinzip die §§ 184.

Abg. Bebel (Soz.) geht auf die Prostitution näher ein. Die sehr große Mehrheit der Prostituirten ergebe sich dem Gewerbe aus Noth. An dem Regierungsentwurfe müsse man anerkennen, daß er einige Besserungen bringe. Mit Entschiedenheit fordere er, das nach § 181b straffreie Vermiethen an Prostituirte nicht auch für Zuhälter straffrei zu machen. Sonst legalisire man die Bordelle. Unbedingt nothwendig sei der Arbeitgeberparagraph. Dafür werde seine Partei in der Kommission massenhaftes Material beibringen. Entschieden zu verwerfen sei § 184a über die das Schamgefühl gröblich verletzenden Schriften, Abbildungen 2c. Herr v. Stumm wolle Prügelstrafe bei Unsittlichkeitsverbrechen gegen Kinder. Damit werde nichts und Niemand gebessert. Bekannt sei, daß auch ein König eines Nachbarstaates sich solcher Verbrechen schuldig gemacht habe. In Berlin gebe es Scheusale, welche systematisch Kinder unter 14 Jahren zu Unzucht verleiten, ohne daß eingeschritten sei. In Bayern sei ein solcher Verbrecher vom Prinzregenten begnadigt worden. (Präsident Graf Ballestrem bittet, nicht das Begnadigungsrecht der Fürsten in die Debatte zu ziehen. Unruhe links.)

Abg. Gaulke (frs. Vg.) bekämpft namentlich den § 184a.

Die Vorlage und die Anträge gehen an eine Kommission.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Mandate der Abgg Rickert, Zeidler, Depken, v. Winterfeldt, Sattler werden für giltig erklärt, die Wahl Stöckers wird beanstandet.

Freitag: Etat der Schutzgebiete und Etat des Auswärtigen Amtes.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

39. Sitzung vom 9. März.

Am Ministertische: Minister Dr. Bosse und Kommissarien.

Tagesordnung: Berathung des Kultusetat.

Bei einem Einnahmetitel nimmt zunächst das Wort der

Abg. Dauzenberg (Zentr.), vom Kultusminister mit Händedruck begrüßt, was im Hause große Heiterkeit hervorruft. In keinem Punkte habe der Minister, der sich soeben so entgegenkommend gegen ihn persönlich erwiesen, gegenüber den vor einem Jahre ausgesprochenen Wünschen des Zentrums Entgegenkommen gezeigt, und das habe in der katholischen Bevölkerung Mißtrauen hervorgerufen. Die Evangelischen würden oft den Katholiken gegenüber bevorzugt. So lange dieser Zustand bestehe, sei an Frieden nicht zu denken. Er bitte um die Errichtung einer katholischen Abtheilung beim Ministerium. Beklagen müsse er den ungenügenden Einfluß der Kirche in der Schule.

Minister Bosse bemerkt, sein Händedruck an den Vorredner sei der Ausdruck einer Jahre langen Bekanntschaft und der Anerkennung, daß auch bei ihm der Streit mildere Formen angenommen habe. Leider habe auch in der milderen Form der Angriff die volle frühere Heftigkeit behalten. Wenn das Zentrum glaube, daß ihm Unrecht geschehe, dann möge es die Initiative ergreifen; das nöthige Material stehe ihm zur Verfügung. Würde im Kultusministerium eine katholische Abtheilung errichtet werden, dann würde sicher das bisherige gute Einvernehmen gestört werden. Der Staat könne sich in seiner Herrschaft über die Schule mit der Kirche oder mit der Gemeinde nicht theilen; er müsse domus negotii bleiben. Der sozialdemokratische Satz: „Religion ist Privatsache“ sei eine große Lüge. Durch ihr entgegengesetztes Prinzip sei die Volksschule Preußens vorbildlich geworden für die Volksschulen aller Kulturstaaten (Beifall).

Abg. Dr. Friedberg (nl) führt aus, seine Freunde hätten auch die Regierung unterstützt, aber nie darauf hingewiesen, um Forderungen zu begründen. Der Staat müsse Souverän bleiben in der Bestimmung über seine öffentlich rechtlichen Angelegenheiten. Die Zahl der Ordensniederlassungen habe sich bereits auf 1399, die der einzelnen Mitglieder auf 27 300 Personen gesteigert und doch führe das Zentrum beständig Klage. Solchen weitgehenden, ungerechtfertigten Ansprüchen gegenüber gebe es keinen Frieden (Beifall und Zischen).

Abg. v. Heydebrand (kons.) bedauert, daß die Herren vom Zentrum noch immer mit den alten Forderungen kommen. Allerdings verlangten auch seine Freunde die Festlegung der konfessionellen Grundlage der Schule mit allen ihren Konsequenzen und würden davon nicht abgehen, auch wenn ein anderer Kultusminister komme.

Abg. v. Jazdzewski (Pole) wünscht eine größere Berücksichtigung der Lehrerinnenseminare der Provinz Posen und bringt die Anordnung des Schulinspektors in Gostyn zur Sprache, welcher polnische Gebete verboten habe.

Minister Bosse entgegnet, im letzteren Falle sei Abhilfe erfolgt. Für die Lehrerinnenseminare würden weitere Mittel bewilligt werden.

Abg. Dr. Porsch (Zentr.) führt aus, das Zentrum vertrete nicht die katholische Kirche, sondern das katholische Volk. Der Grund des Kulturkampfes habe sich seit 25 Jahren als unantastbar bewiesen; warum halte man an den Resten der Kulturkampfgesetzgebung fest? Es sei unrichtig, daß das Zentrum Vorrechte für die Katholiken gegenüber den Evangelischen verlange. Redner bringt dann eine lange Reihe Beschwerden wegen verschiedener Behandlung der evangelischen und katholischen Anstalten vor, um den Vorwurf unparitätischen Verhaltens des Staates zu beweisen.

Reg.-Kommiss. Geh.-Rath Förster stellt fest, daß ein Antrag des katholischen Episkopats auf Aufhebung des Falck'schen Erlasses betr. den Religionsunterricht in der Volksschule, bisher noch nicht gestellt worden sei.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (frk.) bemerkt, Bewilligungen für Heer und Marine im Reichstage begründeten durchaus keinen Anspruch auf Gegenleistungen in der preußischen inneren Politik.

Abg. Kopsch (frs. Vp.) lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die kürzlich von dem Landwirthschaftsminister über die preußischen Landschullehrer gehaltene Rede. Die Vorwürfe gegen die Lehrer seien unbegründet gewesen. Auch habe der Minister keine Mittel zur Abhilfe angegeben. Wie stehe der Kultusminister zu diesen Anschauungen? Die Leistung zahlreicher ländlicher Schulen sei unzulänglich. Für die landwirthschaftlichen Fortbildungsschulen werde oft nicht das erforderliche Unterrichtsmaterial an Ackerland, Pflanzen und dergl. beschafft. Redner spricht schließlich die Ueberzeugung aus, daß die Wunden, die Herr v. Hammerstein der Volksschule geschlagen, unter der umsichtigen Führung der Unterrichtsverwaltung bald vernarben würden (Beifall und Zischen).

Abg. Gamp (frk.) meint, Herr Kopsch verstehe wenig von den ländlichen Schulverhältnissen. Im Uebrigen habe ihn der Abg. Kopsch falsch zitirt. Er glaube, daß der Satz des Ministerialdirektors Kügler, der erste Grundsatz des Lehrers sei Wahrheit, auch für Herrn Kopsch gelte.

Fortsetzung der Debatte Freitag 11 Uhr.

Deutsches Reich.

Der Kaiser fuhr am Donnerstag Vormittag beim Staatssekretär v. Bülow vor und hörte darauf den Vortrag des Kriegsministers. Das Kaiserpaar legte um 9 Uhr im Mausoleum zu Charlottenburg einen Kranz am Grabe Kaiser Wilhelms I. nieder.

Nach dem „Kl. Journ.“ ist der Staatssekretär Graf Posadowsky recht leidend. Zur Behebung seiner nervösen Abspannung wird Graf Posadowsky einen längeren Urlaub nehmen, den er voraussichtlich auf dem Semmering verbringen wird.

Eine Dankadresse an Ministerialdirektor Dr. Kügler für sein Eintreten für die Volksschule und ihre Lehrer, anläßlich der bekannten Debatten im Abgeordnetenhaus, hat der Vorstand des brandenburgischen Provinziallehrerverbandes beschlossen.

Das Oberkommando der Flotte wird nach dem Rücktritt des Admirals v. Knorr getheilt werden. Nach der „Nat.-Ztg.“ wird das Kommando der Ostseeflotte Admiral Köster

in Kiel, das Kommando der Nordseeflotte Vizeadmiral Karcher in Wilhelmshaven erhalten, so daß an beiden Orten das Kommando mit der Stellung des Stationschefs verbunden wird. Es handelt sich also bei der Beseitigung des Postens eines kommandirenden Admirals in Berlin nicht darum, die Vereinigung von Kommando und Verwaltung wiederherzustellen, wie sie bis 1889 in der Person des Chefs der Admiralität bestand; die Einrichtung wird vielmehr derjenigen beim Landheere ähnlich werden, wo das Kriegsministerium die Verwaltung führt, die kommandirenden Generale aber in Kommando-Angelegenheiten nicht unter dem Kriegsminister, sondern unmittelbar unter dem Kaiser stehen.

Den an den **Wechsel im Kommando des Kreuzergeschwaders** geknüpften Vermuthungen ausländischer Blätter tritt die „Nordd. Allg. Ztg." entgegen. Der Wechsel sei für jeden Kenner des Dienstbetriebes der Marine ganz verständlich, da seit Jahren in der Marine der Brauch besteht, die im Auslande befindlichen Offiziere alle 2 Jahre abzulösen. Insbesondere seien Angaben, wie die, daß Admiral v. Diedrichs in Ungnade gefallen sei und wegen Mangels an Takt und Unkenntniß der Höflichkeiten im internationalen Flottengebrauche getadelt werde, völlig unbegründet.

Für die **Ableistung der Wehrpflicht in Kiautschau** hat der Kaiser Bestimmungen erlassen, nach denen wehrpflichtige Reichsangehörige auch bei den Marinetheilen in Kiautschau zur Ableistung ihrer aktiven Dienstzeit als Freiwillige eingestellt werden können.

Das **Abgeordnetenhaus** erledigte in der Abendsitzung am Mittwoch nur einige Titel vom **Extraordinarium des Etats der Bauverwaltung**. Abg. v. Arnim bemängelte die zur Erhaltung der Düne von Helgoland geforderte erste Ersatzrate von 500 000 Mark, welche Minister Thielen für nothwendig im Interesse der Erhaltung der Insel in ihrem jetzigen Bestande erklärte. Abg. v. Sanden (nl.) führte in einstündiger Rede Klage über die Ueberbürdung der Kommunen seiner Heimathprovinz Ostpreußen mit Wege- und Brückenlasten. Ministerialdirektor Schulz wies diese Beschwerden als unbegründet zurück.

Der **braunschweigische Landtag** nahm endgiltig mit mehr als Zweidrittelmehrheit das neue **Wahlgesetz** an, das die Bestimmung des **Wahlzwangs** enthält. Damit ist die gesammte Wahl- und Steuergesetzreform in Braunschweig zum Abschluß gelangt.

Zum **Vertreter der Berliner Universität im Herrenhaus** an Stelle des verstorbenen Prof. Hinschius hat der Senat den Nationalökonomen Prof. **Schmoller** gewählt.

Der **antisemitische Graf Pückler** in Klein Tschirne ist wegen seiner Hetzereien seiner Stellung als Amtsvorsteher **enthoben** worden.

Für den **Großschifffahrtsweg Berlin-Stettin** hat der Provinziallandtag von Pommern am Mittwoch einstimmig beschlossen, von der durch die Stadt Stettin zu leistenden Garantie 10 pCt. bis zum Höchstbetrage von 10 000 M. auf die Provinz zu übernehmen, unter der Voraussetzung, daß die **Westlinie** ausgeführt werde.

Der **Verwaltungsbericht der Reichsbank** für 1898 ist soeben erschienen. Der Gesammtumsatz hat 163 395,5 Millionen Mark oder 21 284,9 Millionen mehr als 1897 betragen. Der Bankzinsfuß weist im Durchschnitt 4,267 für Wechsel- und 5,267 für Lombarddarlehne auf. Banknoten waren für 1 124 594 000 Mark im Umlauf, die mit 75,67 pCt. durch Metall gedeckt waren. Der Umsatz im Giroverkehr betrug insgesammt 139 278 Millionen. Am Jahresschluß beliefen sich die Guthaben der Girokunden auf 352 084 000 M. Der Gesammtgewinn betrug für 1898 38 204 118 M. Davon gehen ab: 1) Verwaltungskosten mit 11 274 726 M., 2) Ausgabe für Anfertigung von Banknoten von 415 727 M., 3) vertragsmäßige Zahlung an den preußischen Staat von 1 865 730 M., 4) für zweifelhafte Wechselforderungen reservirt 442 587 M., 5) für zu zahlende Notensteuer 1 927 401 M. Es bleibt daher ein Reingewinn von 22 277 945 M. Davon erhalten die Antheiseigner $3^1/_2$ pCt. mit 4 200 600 M.; von dem Ueberreste gehen 12 058 459 Mark an die Reichskasse und 6 019 486 M. an die Antheilseigner. Letztere erhalten im Ganzen eine Dividende von 8,51 pCt.

Zur **Minderung der Leutenoth** hat die Landwirthschaftskammer für die Provinz Sachsen beschlossen: 1) die **Zulassung ausländischer, europäischer Arbeiter** ist, so lange das Bedürfniß obwaltet, unter Berücksichtigung nationaler Interessen möglichst zu erleichtern. 2) Die **Beurlaubung von Soldaten zu Erntearbeiten** ist im weitesten Maße anzustreben, dies um so mehr, als bei dem jetzigen System der Rekrutirung namentlich das platte Land schwer betroffen wird. Die vom Lande stammenden Reservisten sind, soweit irgend angängig, mit Hilfe landwirthschaftlicher Arbeitsnachweise dem Land wieder zuzuführen. 3) Die **Beschäftigung von Schulkindern mit leichten Landarbeiten** ist bei voller Wahrung des Schulzweckes nicht nur erwünscht, sondern theilweise, namentlich in Rübenanbaugebieten, unentbehrlich. Es ist auf allgemeine Einrichtung der Halbtagsschule auf dem Lande während der Sommermonate hinzuwirken. 4) Die **Insassen von Gefängnissen und Korrektionsanstalten** sind für die landwirthschaftlichen Betriebe unter thunlichst leichten zweckmäßigen Bedingungen zur Verfügung zu halten; die Beschäftigung der Gefangenen mit Industriearbeiten ist im Prinzip auf die Wintermonate zu beschränken. — Also die „Erbfeinde", das Militär, die Schule und die Gefängnisse, sie sind die Krücken, mittels deren die sog. „Nothleidenden" den Weg zu den Höhen des „standesgemäßen Einkommens" zurückzulegen für zeitgemäß halten. Dazu aus den Taschen der Allgemeinheit Liebesgaben im Betrage von ungezählten Millionen — ist ein lieblicheres Kulturbild aus der Herrlichkeit des deutschen Reiches denkbar?

Das **Elternrecht** hatte bekanntlich der Amtsrichter Hahn in Norburg zur Unterstützung der **Köllerschen Ausweisungspolitik** neben anderen dänisch gesinnten Bewohnern, die ihre Kinder auf dänische Hochschulen geschickt haben, auch dem Hofbesitzer Clausen-Klingberg entzogen. Vom Landgericht aber ist diese Verfügung gegen Clausen aufgehoben worden. In der Begründung dieses Erkenntnisses heißt es nach dem „Berl. Tagebl.": Nach § 28 des Vormundschaftsgesetzes kann nur der Mutter aus schwerwiegenden Gründen die Erziehung ihrer unmündigen Kinder entzogen werden. Innerhalb des Geltungsbereichs des „Jütischen Gesetzes" und des römischen Rechts kann dies freilich auch dem Vater gegenüber geschehen, aber die Gründe müssen nach dem Kammergerichtserkenntniß vom 7. Juni 1892 so erheblich sein, daß sie den Vater **völlig untauglich** erscheinen lassen, die Kinder zu erziehen. Daß die Grenzen derart gezogen werden müssen, geht aus der Thatsache hervor, daß namentlich in den unteren Schichten der Bevölkerung die Zahl derjenigen, die auch nur einigermaßen den Forderungen einer tadellosen Erziehung genügen, sehr gering ist. Es würde deshalb große Bedenken hervorrufen, wenn das Vormundschaftsgericht berechtigt sei, dem Vater das Erziehungsrecht aus anderen denn sehr schwerwiegenden Gründen zu nehmen. Aus der Thatsache, daß Clausen seine Tochter auf eine dänische Hochschule geschickt hat, könne nicht gefolgert werden, daß er völlig untauglich sei, seine Kinder zu erziehen. — Trotzdem fährt Amtsrichter Hahn fort, den Vätern seines Bezirks das Recht der Erziehung ihrer Kinder zu nehmen.

Ausland.

Rußland.

Zum Studentenstreik wird aus St. Petersburg gemeldet, daß außer dem mit der Untersuchung über die Studentenunruhen betrauten Generaladjutanten auch der Universitätsprofessor Fomirsen dem Kaiser einen Bericht erstatten soll. Wie verlautet, werden mehrere Polizeibeamte und auch der Kommandant der berittenen Polizei, auf dessen Befehl hin die Polizisten mit ihren Peitschen auf die Studenten loshieben, verabschiedet werden. Ferner heißt es, daß der Zar beschlossen habe, an der Organisation der hauptstädtischen Polizei durchgreifende Aenderungen vornehmen zu lassen. Zu diesem Behufe soll demnächst im Schoße des Ministeriums des Innern eine Kommission niedergesetzt werden, an deren Arbeiten auch Delegirte des Justizministeriums theilnehmen werden. Falls sich dies bestätigt, so ist wohl anzunehmen, daß die Vorgänge bei den Studentenunruhen nur den letzten Anstoß zu einer schon früher geplanten Reform gegeben haben. In ähnlicher Weise dürfte es sich mit der Reform der Einrichtungen der Universitäten verhalten, welche in Folge der erwähnten Vorgänge gleichfalls eine Beschleunigung erfahren dürfte.

Sämmtliche landwirthschaftlichen Hochschulen Polens, die Universität in Warschau, sowie die landwirthschaftliche Hochschule in Pulawy haben sich dem Streik der russischen Studenten angeschlossen.

Frankreich.

Die Kriminalkammer beschäftigte sich am Donnerstag Nachmittag mit dem Gesuch Esterhazys, dem mit der Untersuchung gegen ihn betrauten Untersuchungsrichter Bertulus das Verfahren zu entziehen. Das Urtheil ist noch nicht gefällt worden.

Der päpstliche Nuntius Clari ist am Donnerstag Morgen 10 Uhr gestorben.

Ostasien.

Wie die „Tribuna" aus London von guter Quelle erfährt, theilte der englische Gesandte in Peking, Macdonald, der englischen Regierung mit, der Chef der chinesischen Regierung habe ihn gebeten, dem italienischen Gesandten de Martino das lebhafte Bedauern auszudrücken, daß de Martino die Weigerung, seine Note entgegenzunehmen, als Beleidigung aufgefaßt habe. Die chinesische Regierung wäre bereit, sich bei de Martino schriftlich zu entschuldigen. Die „Tribuna" fügt hinzu, die Entschuldigung könnte erst dann angenommen werden, wenn die chinesische Regierung die Wiedervorlegung der italienischen Note verlange und die versöhnlichsten Intentionen erkennen lasse.

Ueber eine Besetzung der San-Mun-Bai durch Italien liegen bisher amtliche Nachrichten nicht vor. Nach der „Ag. Stef." hat der italienische Ministerrath noch am Mittwoch die für die „künftige Besetzung" der San-Mun-Bai zu ergreifenden Maßregeln besprochen. Um eine Verpachtung der Bucht an Italien zu verhindern, wird einer Pekinger Meldung der „Times" zufolge von den Chinesen die Frage in Erwägung gezogen, ob es rathsam sei, San-Mun zum offenen Hafen zu erklären in der Hoffnung, auf diese Weise zu verhindern, daß es italienische Kohlenstation werde.

Provinzielles.

Briesen, 8. März. Nachdem vor zwei Jahren an der hiesigen Realschule die Sekunda eingerichtet worden ist, so daß seit der Zeit die abgehenden Zöglinge bis zur Einjährig-Freiwilligen-Prüfung die Anstalt besuchen können, wird auch der Ausbau der unter derselben Leitung stehenden Privat-Mädchenschule zu Ostern d. Js. beendigt sein, so daß auch die Mädchen die Abschlußbildung einer 9klassigen höheren Schule erhalten.

Strasburg, 8. März. Gestern fand die Einweihung des Stadtverordneten-Sitzungssaales des neuen Rathhauses statt. Zu dieser Feier waren die Spitzen der Militär- und Zivilbehörden geladen und erschienen. Nachdem Herr Stadtverordneten-Vorsteher Gymnasial-Direktor Scotland die Festsitzung eröffnet hatte, gab Herr Bürgermeister Kühl einen Rückblick über die früheren Rathhausverhältnisse. Danach wurde das erste Rathhaus 1235 erbaut; 1631 brannte es nieder. Seit der Zeit hatte Strasburg kein Rathhaus. Herr Scotland begrüßte dann die Stadtverordneten im neuen Saale und weihte den Saal mit folgendem Weihespruch: „Recht und Billigkeit walte, Selbstloser Bürgersinn walte, Frieden Gott uns erhalte." Mit einem Kaiserhoch schloß die Feier.

Pr. Friedland, 8. März. Im hiesigen Lehrer-Seminar sind 48 Seminaristen an der Influenza erkrankt; die Anstalt wurde deshalb heute auf Anordnung der kgl. Regierung geschlossen.

Dt Krone, 8. März. Herr Bürgermeister Müller wurde von der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung zum Bürgermeister einstimmig wiedergewählt. — Der Bezirksfeldwebel Ladewig hat sich sich heute Mittag auf der Montierungskammer des Bezirkskommandos erhängt.

Marienburg, 9. März. Einen interessanten Gefangenen beherbergte dieser Tage das hiesige Polizeigefängniß. Es war der frühere Hilfsgerichtsvollzieher Rogalski aus Christburg, welcher im Jahre 1895 nach einer kleinen Unterschlagung plötzlich seinen Dienst verließ und sich in Frankreich für die Fremden-Legion anwerben ließ. Daselbst erging es ihm sehr schlecht und es erfolgte wegen wiederholter Fluchtversuche seine Zutheilung zu der Strafarbeiter-Kolonne. Da ihm das Leben hier zur Last wurde, so suchte er durch groben Ungehorsam es dahin zu bringen, daß er standrechtlich erschossen würde, doch vergebens. Es trat vielmehr das Unerwartete ein, daß er an Deutschland ausgeliefert wurde, worauf sein Transport von Station zu Station erfolgte, zuletzt von Schneidemühl nach Marienburg und nun von dort nach Christburg.

Danzig, 9. März. Gutem Vernehmen nach sind hier Verhandlungen in der Schwebe, welche darauf abzielen, den traurigen Theater-Verhältnissen in Danzig durch Errichtung eines neuen zeitgemäßen Theaters als Unternehmen einer Aktien-Gesellschaft oder sonstigen privaten Vereinigung ein Ende zu machen. Die in Aussicht gestellte Kapitalbetheiligung soll bereits eine Million Mark nahezu erreichen. Als Platz für das neue Theater denkt man an den durch Wallgelände zu erweiternden Heumarkt und es soll versucht werden, bis 1904 das neue Theater fertig zu stellen.

Allenstein, 7. März. Die „Allenst. Ztg." schreibt: Neidenburg ist in großer Aufregung. Der dortige Kämmereikassenrendant Smolinski ist seit Sonnabend nach Unterschlagung des gesammten Kassenbestandes (etwa 10 200 Mk.) flüchtig. S. ist der Bruder des im vorigen Jahre verhafteten Stadtkassenrendanten gleichen Namens. Er war ein leidenschaftlicher Spieler. Bei der Haussuchung sind Gelder nicht vorgefunden.

Bromberg, 8. März. Der Plan einer elektrischen Eisenbahn von Bromberg (Försterhäuschen) über Forsthaus Rinkau nach Nimtsch dürfte demnächst zur Ausführung gelangen, da der Minister dem Ingenieur Wulff hierselbst die Genehmigung zur Durchlegung einer solchen Eisenbahn durch die betreffenden Theile der Oberförsterei Jagdschütz ertheilt hat.

Posen, 8. März. Das Schwurgericht verurtheilte heute den Oberpostassistenten Konukiewicz am hiesigen Telegraphenamt wegen Unterschlagung amtlicher Gelder unter Annahme mildernder Umstände zu einem Jahr Gefängniß.

Auswanderung und Leutenoth.

Nach der Auswanderungsstatistik für 1898 hat die Auswanderung im letzten Jahre wieder nicht unerheblich abgenommen und sie ist im letzten Jahr mehr als zehnmal so gering gewesen, als 17 Jahre vorher. In den östlichen Provinzen aber ist die Abnahme eine noch stärkere, als in den anderen Theilen des Reichs. Während nämlich die Auswanderung seit 1891 sich im Durchschnitte des ganzen Reiches nur um das sechsfache verringert hat, hat sie sich in der Provinz **Westpreußen** um das 18fache, in der Provinz Posen um das 15fache, in der Provinz Pommern um das 13fache vermindert. Trotzdem wird gerade in unsern östlichen Provinzen jetzt viel mehr über die Leutenoth geklagt, als vor einem halben oder einem ganzen Jahrzehnt. Man macht nun, da die Auswanderung nach fremden Ländern ziffernmäßig nicht die Schuld an der Leutenoth tragen kann, die Bevölkerungsverschiebnng innerhalb des Reiches selbst dafür verantwortlich. Die Auswanderungsstatistik aber liefert den Beweis, ein wie verfehltes Mittel es wäre, wenn man die Auswanderung innerhalb des Reiches selbst durch eine Beschränkung der Freizügigkeit bekämpfen wollte. Man würde dann sofort die Wahrnehmung zu machen haben, daß die so stark verminderte Auswanderung nach überseeischen Ländern wieder in die Höhe schnellt. Denn ein großer Theil derjenigen Personen, die durch irgend welche Gesetze in ihrer freien Bewegung innerhalb des Reiches gehindert werden würden, würde in der Auswanderung sein Heil sehen. Damit aber wäre einerseits der Landwirthschaft nicht gedient, andererseits würden der Industrie einheimische Kräfte entzogen werden. Die Auswanderungsstatistik thut also dar, daß die Regierung nicht gut daran thäte, den ihr angerathenen Weg der Beschränkung der Freizügigkeit zu beschreiten und damit Tausende von arbeitsfähigen Personen aus der Heimath „fortzugraulen."

Lokales.

Thorn, den 10. März.

— **Personalien.** Dem Garnison-Bauinspektor Berninger, bisher technischer Hilfsarbeiter bei der Intendantur des 17. Armeekorps, ist die Lokal-Baubeamtenstelle in Allenstein übertragen worden.

Der Regierungs-Supernumerar Keiler ist zum Regierungs-Sekretär ernannt.

Der Landmesser Otto Krug, zur Zeit in Königsberg, ist zum Kataster-Landmesser bei der Königl. Regierung in Marienwerder berufen.

— **Militärische Personalien.** Ettner, Feuerwerks-Lt. beim Artillerie-Depot in Breslau, vom 10. März bis zum 10. Juni d. Js. zur hiesigen Schießplatzverwaltung kommandirt. Dr. Schöneberg, Oberarzt im 4. Ulanen-Regt., zum Fortbildungskursus nach Berlin kommandirt.

— Nach amtlichen Erhebungen ist in der Provinz Ostpreußen hinsichtlich der Deckung des Bedarfs an Saat- und Speisekartoffeln ein die außerordentliche Hilfe des Staates rechtfertigender Nothstand zu befürchten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat daher für den **Versand von Kartoffeln** von Stationen der Direktionsbezirke Berlin, Danzig, Stettin, Breslau, Bromberg und Posen nach Stationen des Direktionsbezirks Königsberg i. Pr. für die Zeit bis zum 30. Juni d. Js. die Gewährung einer **sofort einzuführenden Ermäßigung von 40 v. H. der Frachtsätze des Rohstofftarifs** genehmigt. Die ermäßigte Fracht wird sogleich bei der Abfertigung berechnet. Der Eisenbahnkommissar in Posen ist ermächtigt worden, der Ostpreußischen Südbahn die Genehmigung zur Gewährung gleicher Vergünstigungen auf ihren Strecken für Sendungen aus dem oben bezeichneten Verkehrsgebiete zu ertheilen. Dieselbe Ermächtigung wird den an die genannten Direktionsbezirke anschließenden Privateisenbahnen in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Westpreußen für den Versand nach der Provinz Ostpreußen durch die zuständigen Eisenbahnkommissare ertheilt werden.

— **Deutscher Eisenbahn-Gütertarif.** Am 1. April d. Js. tritt zum deutschen Eisenbahn-Gütertarif, Theil I. der Nachtrag I. in Kraft, durch den zahlreiche und wichtige Verkehrserleichterungen eingeführt werden. Für die Artikel Bienen, Brod, Butter, Fische (lebende, frische und geräucherte), Muschel- und Schalthiere aus der See, bestimmte frische Gemüse (grüne Bohnen, grüne Erbsen, Salat, Gurken, Spinat), Milch, frische Beeren und frisches Obst (mit Ausnahme von Südfrüchten) tritt ein Eilgut-Spezialtarif in Kraft, der die eilgutmäßige Beförderung zu den gewöhnlichen Frachtgutsätzen auf allen deutschen Eisenbahnen gewährleistet, während bisher nur für einzelne dieser Artikel nach dem Ermessen der Eisenbahnverwaltungen Transportvergünstigungen gewährt wurden. Die Auflieferung der Sendungen muß mittels Eilfrachtbriefes erfolgen. Als hauptsächliche Aenderungen kommen sonst noch in Betracht die Versetzung sämmtlicher Futtermittel des Spezialtarifs II. in den Spezialtarif III. sowie die Ermäßigung der Frachten für Ammoniakalaun im Falle der Ausfuhr, Baugeräthschaften, Borkalk, Frühbeetfenster, gerissene Filzabschnitzel, entfettete Klauen und Hufe, Moos.

— In den letzten Jahren ist von den **Königlichen Eisenbahndirektionen** der Lage derjenigen **Eisenbahnbediensteten**, die genöthigt sind, die Arbeitspausen außerhalb ihrer Familie zuzubringen, oder die während der Beschäftigung den Unbilden der Witterung ausgesetzt sind, besondere Fürsorge zugewendet worden. Dies gilt zunächst von der zweckmäßigen und sauberen Einrichtung und Unterhaltung der Uebernachtungs- und Aufenthaltsräume für das Fahrpersonal, deren Lagerstätten, Koch- und Badeeinrichtungen an vielen Orten verbessert wurden. Auch den auf den Bahnhöfen beschäftigten Bediensteten sind, wo nöthig, geeignete Räume überwiesen, in denen sie sich während der

Ruhepausen aufhalten und ihre Mahlzeiten zurichten und einnehmen können. Auch den Streckenarbeitern wird, soweit nicht Bahnwärterbuden benutzt werden können, durch Herrichtung einfacher, den örtlichen Verhältnissen angepaßter Unterkunftsräume Schutz gegen die Unbilden der Witterung während der Arbeitspausen und Gelegenheit zur Erwärmung der Speisen geboten. Vereinzelt sind auch Kantinen eingerichtet, in denen gegen mäßigen Preis unter der Aufsicht der Verwaltung Speisen und Getränke — jedoch unter Ausschluß von Branntwein — verabfolgt werden. Nach den bisherigen Erfahrungen hat diese Fürsorge einen günstigen Einfluß auf den Gesundheitszustand der Bediensteten ausgeübt.

— Vom 13. d. ab verkehren von Brockau über Posen nach Thorn und Schneidemühl drei Ferngüterzüge. Von gleichem Tage ab werden die Züge 6606 und 6620 zwischen Brockau und Posen als Durchgangszüge behandelt und also nur mit Frachten nach und von den Knotenpunkten bis Posen Ort und solchen Uebergangsfrachten belastet, die mit den Ferngüterzügen keine Beförderung finden bezw. finden dürfen, so lange Frachten für Schneidemühl Ort und Uebergang bezw. für Thorn Ort und Uebergang vorhanden sind. Mit den Ferngüterzügen sollen nur Massengüter, wie Kohle und Kalk befördert werden.

— Zu der geplanten Gründung einer neuen Spritfabrik in Thorn wird uns heute mitgetheilt, daß neuerdings auch eine Graudenzer Firma ihre Betheiligung zurückgezogen hat.

— Die Friedrich Wilhelm-Schützenbrüderschaft hielt gestern Abend eine Generalversammlung ab, in welcher zunächst zwei neue Mitglieder aufgenommen wurden. Dann erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht für das Jahr 1898; aus demselben ergiebt sich, daß die Einnahmen 11256,08 Mark, die Ausgaben 11280,15 Mk. betrugen, sodaß eine Ueberschreitung von 24,07 Mk., vorgekommen ist, welche dadurch entstanden ist, daß der Pächter des Schützenhauses 667,50 Mk. für Wasserzins einbehalten hat. — Ein Antrag Ferrari, in die Gilde auch ledige junge Leute ohne Eintrittsgeld aufzunehmen und ihnen die Betheiligung an den Schießen mit der Maßgabe zu gestatten, daß sie von der Erwerbung der drei ersten Preise ausgeschlossen seien, wurde nach längerer Debatte von dem Antragsteller zurückgezogen. — Zur Theilnahme an der Vorstandssitzung des Westpreußischen Provinzial-Schützenbundes am 19. März in Graudenz, in der über das im Sommer hier stattfindende Provinzial-Bundesschießen Beschluß gefaßt werden soll, wurden als Delegirte die Herren Polizei-Inspektor Zelz, Uhrmacher Lange und Schlossermeister Labes gewählt. Dieselben wurden beauftragt, dafür zu stimmen, daß das Provinzial-Bundesschießen Ende Juli oder Anfang August stattfinden soll. Die Vorbereitungen für dieses Fest sind in vollem Gange. Die Schützengilde hat sich beim Ziegelei-Etablissement einen Platz zur Ausbauung der Schießstände gesichert, ebenso einen Platz zur Aufstellung von Schankstätten und Schaubuden. Es sollen 20 Schießstände errichtet und mit 20 Doppelscheiben auf 175 Meter Entfernung besetzt werden. Als Scheiben sind in Aussicht genommen: 1. Provinzialscheibe „Thorn“ zur Ausschießung der Bundesehrenpreise; 2. Bundeskönigsscheibe „Westpreußen“; 3. Ehrenscheibe „Hermann Balk“; 4. Prämienscheibe „Coppernicus“ für sämmtliche Theilnehmer, 5. und 6. Silberscheiben „Marienburg“; 7. und 8. Silberscheiben „Pr. Stargard“; 9. und 10. Silberscheiben „Culm“; 11. und 12. Freihandscheiben „Tell“; 13. und 14. Punktscheiben „Heimath“; 15. bis 18. Pfennigscheiben und 19. und 20. Geldprämienscheiben. — Die hiesige Gilde wird zwei Ehrengaben im Werthe von ca. 300 M. stiften. Ferner haben sich bereits 5 Herren (Holzhändler Ferrari, Brauereibesitzer Groß, Zahnarzt von Janowski, Buchdruckereibesitzer M. Lambeck und Uhrmacher Lange) bereit erklärt, Ehrenpreise im Werthe von 50 bis 100 M. zu überreichen. Ehrenpreise von außerhalb der Gilde stehenden Personen und Korporationen sind noch zu erwarten. Auch die Frauen der Schützenmitglieder werden voraussichtlich drei Ehrengaben stiften. Endlich beschafft die Schützengilde für die Silberscheibe silberne Löffel im Werthe von ungefähr 4000 M. Eine ganze Anzahl hiesiger und auswärtiger Herren sind bereitwilligst in einen Ehrenausschuß für das Fest eingetreten, darunter auch Herr Oberbürgermeister Bender-Breslau. Zur sonstigen Vorbereitung des Festes haben sich unter den Schützenbrüdern eine Empfangs- und Wohnungskommission, eine Schießkommission, eine Ausschmückungs- und Vergnügungskommission und eine Kassenkommission gebildet. Das Fest soll an einem Sonntage beginnen und am Abend zuvor durch einen Zapfenstreich unter Fackelbeleuchtung mit anschließendem Kommers eingeleitet werden. Am Sonntag erfolgt Empfang der Gäste, Probeschießen, Festzug und Festessen, nach welchem das Schießen auf allen Ständen beginnt. Montags wird das Schießen fortgesetzt, auch findet Bundes-Vorstandssitzung und Bundes-Generalversammlung statt. Am Dienstag erfolgt nach Schluß des Königsschießens Proklamation des Bundeskönigs und seiner Ritter. Für den Mittwoch ist ein Ausflug nach dem russischen Badeorte Ciechocinnek in Aussicht genommen. Der für den Sonntag geplante Festzug wird ein historisches Gepräge erhalten und soll durch zwölf Ritter zu Pferde eingeleitet werden. Daran schließt sich Fußvolk, darstellend Schützen aus alter und neuer Zeit. Dann kommt der Bundeswagen mit dem Bundesbanner, der Ehrenausschuß in laubbekränzten Equipagen und die einzelnen Vereine. Neben dem Ziegeleietablissement wird eine besondere Festhalle erbaut werden und zwar so, daß sie auch als Schießhalle benutzt wird. In dieser Halle soll auch das Festessen stattfinden, da sie Raum für 800—1000 Personen bieten wird. — Gleichzeitig wird, wie schon gemeldet, der Ostdeutsche Freihandschützenbund sein diesjähriges Bundesschießen hier abhalten.

— Der Gartenbau-Verein für Thorn und Umgegend hielt am Mittwoch, den 8. März seine Monatsversammlung ab, in welcher beschlossen wurde, im Herbst eine Ausstellung des Kunst- und Gartenbaubetriebes zu veranstalten.

— Die freiwillige Feuerwehr hält am Sonnabend, den 18. März ein Wintervergnügen bei Nicolai ab, zu welchem alle Freunde des Feuerlöschwesens als Gäste willkommen sind.

— Am Mittwoch Vormittag stand an Ort und Stelle Termin zum Verkauf der ganzen städtischen Ziegelei-Einrichtungen vor dem Stadtbaumeister Leipoltz an. Da die Stadt die Ziegelfabrikation eingestellt hat, wurden sämmtliche Maschinen und Einrichtungen, sowie alle Baulichkeiten, die letzteren zum Abbruch, verkauft. Die Käufer waren sehr zahlreich erschienen. Für die Lokomobile wurde ein Meistgebot von 4500 Mk. erzielt, für den Ziegelofen 5400 Mk.

— Gefunden ein Portemonnaie mit Inhalt, abzuholen bei Rosenthal Breitestraße 8, ein anscheinend silberner Ring Altstädt. Markt. Zugelaufen ein Foxterrier bei Rehfeld Hauptbahnhof.

— Temperatur um 8 Uhr Morgens: 2 Grad Wärme, Barometerstand 27 Zoll 7 Strich.

— Wasserstand der Weichsel 2,60 Meter. Bei Warschau laut telegraphischer Meldung heute 2,26 Meter.

h Mocker, 9. März. Hinter einem Zaune sitzend wurde gestern Nachmittag von einem Polizeibeamten eine fremde Frauensperson, welche ohne Geldmittel war, aufgefunden. Die bei ihr vorgefundenen Papiere lauteten auf die preußische Staatsangehörige Lehrerin Sophie v. Trawinska aus Rußland. Dieselbe war aus Wloclawek herübergekommen, um Wallfahrtsorte zu besuchen. Da sie geistig nicht normal zu sein schien, wurde sie ärztlich untersucht und festgestellt, daß sie an religiösem Wahnsinn litt. In dem Amtsgefängniß verschmähte sie Speise und Trank und gab an, nur von Wasser zu leben. Sie wird über die Grenze geschafft werden.

Kleine Chronik.

* Am Sterbetage weiland Kaiser Wilhelms I war das Innere des Mausoleums zu Charlottenburg prächtig mit Blumen dekorirt. Das Kaiserpaar legte einen aus Flieder, Veilchen und Rosen geflochtenen Kranz mit weißer Atlasschleife am Sarge nieder und verrichtete ein stilles Gebet. Ferner überbrachten zahlreiche militärische Deputationen Kränze. Die Kaiserin Friedrich, das Großherzogpaar von Baden, sowie der Erbgroßherzog und Erbgroßherzogin von Baden übersandten ebenfalls Kränze.

* Eine größere Anzahl Münchener Künstler, darunter die Vorsitzenden der größeren künstlerischen Vereinigungen und Vereine, haben an den Geheimen Baurath Paul Wallot in Dresden ein offenes Schreiben gerichtet, in dem gegen die Angriffe protestirt wird, welche in der Reichstagssitzung vom ersten März gelegentlich der Berathung über die künstlerische Ausschmückung des Reichstagsgebäudes gegen Wallot und andere hervorragende Künstler gerichtet wurden. Am Schlusse des offenen Schreibens werden dem Erbauer des Reichstagsgebäudes die herzlichsten Sympathien und die aufrichtigste Werthschätzung ausgesprochen.

* Ihren Austritt aus der Landeskirche haben am Mittwoch beim Amtsgericht in Potsdam fast sämmtliche Gemeindemitglieder der Dörfer Alt- und Neu-Langewisch (Kreis Zauch-Belzig) erklärt. Der Grund ist zu suchen in jahrelangen Zwistigkeiten der Gemeinde mit dem Ortsgeistlichen Pfarrer Franz, der trotz aller Beschwerden nicht versetzt wurde.

* Entschädigung eines unschuldig Verurtheilten. Wie aus Frankfurt a./M. berichtet wird, wurde dem dortigen Händler Kingsdorf, der im Jahre 1897 wegen Meineids eine mehrjährige Zuchthausstrafe erhielt aber im Wiederaufnahmeverfahren (1898) vom Schwurgericht freigesprochen wurde, nachdem er 15 Monate unschuldig im Zuchthause gesessen hatte, eine Entschädigung von 1200 Mark vom Justizminister zuerkannt.

* Den Söhnen des verstorbenen Barons Hirsch ist vom Kaiser von Oesterreich der Freiherrnstand verliehen worden.

* Das deutsche Segelschiff „Carolina“ ist in dänischen Gewässern gesunken. Das Schiff ist verloren, die Besatzung ertrunken.

* Reicher Fund. Bei der Instandsetzung eines Personenwagens erster Klasse des D-Zuges Berlin-Hamburg wurde dieser Tage in der Hauptwerkstatt zu Neumünster (Schleswig-Holstein) von dem Stellmacher Griese eine Brieftasche gefunden. Die Tasche lag zwischen Polstersitz und Rückwand versteckt und enthielt 5500 Mark in baarem deutschen Gelde und Werthpapieren. Der werthvolle Fund wurde von dem Handwerker, da sich in ihm kein Hinweis über den Verlierer vorfand, der Eisenbahnverwaltung Neumünster übergeben, wo er eingefordert werden kann.

* Bei der gegenwärtigen Musterung in Eupen erregte ein Gestellungspflichtiger Aufsehen, der auf dem Arm seiner Mutter vor der Ersatzkommission erschien. Der „junge Mann“ wird im Mai 20 Jahre alt, hat aber nur die Größe eines einjährigen Kindes und wiegt 14 Pfund. Er hört, kann aber nicht sprechen und ist dazu gelähmt. Da er wie ein Säugling gefüttert werden muß, erheischt seine Pflege die größte Sorgfalt. Nach der Vorstellung wurde dem Kleinen von seinen Angehörigen ein Strauß an das Käppchen gesteckt, den er lachenden Gesichts im Spiegel bewunderte. Der in der Entwickelung zurückgebliebene Jüngling entstammt einer Arbeiterfamilie, die von vierzehn Kindern noch acht am Leben hat. Seine Geschwister sind sämmtlich kräftige Leute und mehrere seiner Brüder haben ihrer Dienstpflicht schon genügt.

* Die Untersuchung über die Pulverexplosion in Toulon ist resultatlos verlaufen. Die vernommenen Soldaten haben im zweiten Verhör ihre Aussage in Bezug auf die verdächtigen Personen bedeutend abgeschwächt. Es ist unrichtig, daß irgend welche Verhaftungen vorgenommen worden sind.

* Das Pulvermischwerk der Firma Hafner in Wagnitz (Oesterreich) flog Mittwoch Nachmittag in die Luft. In der Umgebung des Ortes wurden die Bäume entwurzelt und zerstört. Personen wurden nicht verletzt.

* Eine furchtbare Pyroxylin-Explosion hat nach Warschauer Meldungen aus der Gouvernementsstadt Plock in der Kaserne des dortigen Dragoner-Regiments stattgefunden. Das Gebäude, in welchem sich die Regimentskanzlei und die Regimentsschule befanden, ist zertrümmert. 13 Soldaten sind schwer verletzt, wovon drei bereits ihren Wunden erlagen.

* Eine gefährliche Einbrecherbande, die nicht weniger als 59 Mitglieder, darunter 11 Weiber, zählt, ist am Dienstag von der Pariser Polizei dingfest gemacht worden. Die Bande hatte seit einem Jahre mehrere hundert Einbruchsdiebstähle, Ueberfälle u. s. w. in den Vorstadtvierteln Grenville und Gros-Caillon verübt.

* Sonderbare Blüthen treibt die Zensur in Rußland. Angesichts der Friedensliebe des Zaren und seines Abrüstungsvorschlages sollte man annehmen, daß Schriften für den Weltfrieden eine warme Aufnahme in Rußland finden müßten. Dagegen sind nun soeben sämmtliche Schriften von Bertha v. Suttner, sowie die Zeitschrift „Steads“ gegen den Krieg für Rußland verboten worden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 9. März. Oberst Hesse, der Chef des Stabes der Generalinspektion des Ingenieur- und Pionier-Korps und der Festungen, ist heute gestorben.

Dem Vernehmen nach tritt der Wirkl. Geh. Oberregierungsrath im Kultusministerium Dr. Schneider am 1. April in den Ruhestand.

Berlin, 10. März. (Tel.) In dem Strafverfahren gegen den „Vorwärts“ wegen Hehlerei sind nunmehr 2 Verhaftungen vorgenommen worden. Beide Personen werden beschuldigt, die vom „Vorwärts“ veröffentlichten Briefe des Freiherrn v. Stumm aus dem Pulte des Chefredakteurs der „Post“ gestohlen zu haben.

Berlin, 10. März. (Tel.) Der „Dtsch. Tagesztg.“ zufolge ist die Regierung nicht gewillt, den Beschlüssen der Abgeordnetenhaus-Kommission in der Frage der Relikten-Versorgung der Lehrer nachzugeben, sondern will bei Aufrechterhaltung der gefaßten Beschlüsse die Konsequenzen ziehen.

Bern, 9. März. Sämmtliche Arbeiter am Simplontunnel streiken wegen Lohndifferenzen; die Arbeiten sind vollständig eingestellt. Bis jetzt wurden nur zwei Verhaftungen vorgenommen. Es wurden umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen, doch verhalten sich die Streikenden ruhig. Die Unternehmer erwarten für Freitag Morgen die Wiederaufnahme der Arbeiten.

Rotterdam, 10. März. (Tel.) Der Zusammentritt der Abrüstungskonferenz im Haag ist nunmehr auf den 18. Mai festgesetzt.

Malta, 9. März. Der Transportdampfer „Sheridan“ der Vereinigten Staaten von Amerika mit Truppen für Manila an Bord ist gestern hier eingetroffen. Mit Erlaubniß des Gouverneurs Grenfell und des Höchstkommandirenden landeten zwei Infanterie-Regimenter und wurden auf dem Paradeplatze von dem Gouverneur besichtigt.

Newyork, 9. März. Ein Bugsirdampfer, welcher einen Bagger von Norfolk nach Philadelphia schleppte, ist im Sturme untergegangen. Die an Bord des Dampfers befindlichen 11 Personen sind sämmtlich ertrunken, während die Besatzung des Baggers durch ein Boot des deutschen Dampfers „Albano“ gerettet wurde. Hierbei ist der zweite Steuermann des „Albano“ umgekommen.

11. März.	Sonnen-Aufgang	6	„ 25	Minuten.
	Sonnen-Untergang	5	„ 56	„
	Mond-Aufgang	5	„ 48	„
	Mond-Untergang	5	„ 56	„

Tageslänge
11 Stund. 31 Minut., Nachtlänge 12 Stund. 29 Minut.

Verantwortlicher Redakteur:
Friedrich Kretschmer in Thorn.

Handels-Nachrichten.

Telegraphische Börsen-Depesche

Berlin, 10. März Fonds: fest.		9. März.
Russische Banknoten	216,30	216,25
Warschau 8 Tage	216,00	216,10
Oesterr. Banknoten	169,55	169,50
Preuß. Konsols 3 pCt.	92,70	92,70
Preuß. Konsols 3½ pCt.	101,25	101,25
Preuß. Konsols 3½ pCt. abg.	101,10	101,10
Deutsche Reichsanl. 3 pCt.	92,70	92,70
Deutsche Reichsanl. 3½ pCt.	101,20	101,30
Westpr. Pfdbrf. 3 pCt. neul. II	90,70	90,80
do. „ 3½ pCt. do.	99,00	99,00
Posener Pfandbriefe 3½ pCt.	98,90	99,10
„ „ 4 pCt.	fehlt	fehlt
Poln. Pfandbriefe 4½ pCt.	fehlt	100,90
Türk. Anl. C.	27,95	28,00
Italien. Rente 4 pCt	95,25	95,10
Rumän. Rente v. 1894 4 pCt.	91,75	91,70
Diskonto-Komm.-Anth. excl.	199,90	199,00
Harpener Bergw.-Akt.	184,00	183,00
Nordd. Kreditanstalt-Aktien	126,75	127,00
Thorn. Stadt-Anleihe 3½ pCt.	fehlt	fehlt
Weizen: Loco New-York Okt.	83 c	82⅜
Spiritus: Loko m. 50 M. St.	fehlt	fehlt
„ „ 70 M. St.	40,00	39,70

Wechsel-Diskont 4½ pCt., Lombard-Zinsfuß 5½ pCt.

Spiritus-Depesche.

v. Portatius u. Grothe Königsberg, 10. März.

Loco cont. 70er	41,00 Bf.,	40,20 Gd.	—,—	bez.
März	40,50 „	39,00 „	—,—	„
April	41,00 „	40,00 „	—,—	„

Preis-Courant

der kgl. Mühlen-Administration zu Bromberg.
Ohne Verbindlichkeit.

Bromberg, den 9. März 1899. | 19.2.

Für 50 Kilo oder 100 Pfund.	ℳ	₰	ℳ	₰
Gries Nr. 1	15	20	15	40
„ „ 2	14	20	14	40
Kaiserauszugmehl	15	40	15	60
Weizen-Mehl Nr. 000	14	40	14	60
„ „ Nr. 00 weiß Band	12	—	12	20
„ „ Nr. 00 gelb Band	11	80	12	—
„ „ Nr. 0	8	—	8	20
„ Futtermehl	5	—	5	—
„ Kleie	4	60	4	60
Roggen-Mehl Nr. 0	11	40	11	60
„ „ Nr. 0/1	10	60	10	80
„ „ Nr. 1	10	—	10	20
„ „ Nr. 2	7	20	7	40
„ „ Commis-Mehl	9	20	9	40
„ Schrot	8	40	8	60
„ Kleie	5	—	5	—
Gersten-Graupe Nr. 1	14	—	14	—
„ „ Nr. 2	12	50	12	50
„ „ Nr. 3	11	50	11	50
„ „ Nr. 4	10	50	10	50
„ „ Nr. 5	10	—	10	—
„ „ Nr. 6	9	50	9	50
„ Graupe grobe	9	50	9	50
„ Grütze Nr. 1	10	—	10	—
„ „ Nr. 2	9	50	9	50
„ „ Nr. 3	9	20	9	20
„ Kochmehl	8	50	8	50
„ Futtermehl	4	80	4	80
„ Buchweizengrütze I	15	—	15	—
„ do. II	14	60	14	60

Amtliche Notirungen der Danziger Börse
vom 9. März.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Oelsaaten werden außer den notirten Preisen 2 M. per Tonne sogenannte Faktorei-Provision usancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet.

Weizen: inländ. hochbunt und weiß 747—783 Gr. 158—160 M., inländ. bunt 718—772 Gr. 140 bis 155 M., inländ. roth 732—766 Gr. 152 bis 157 M.

Roggen: inländisch grobkörnig 640—741 Gr. 130 bis 134 M

Hafer: inländischer 125—128 M.

Alles per Tonne von 1000 Kilogramm.

Kleie: per 50 Kilogr. Weizen- 4,10—4,30 M.

Nach langem schweren Leiden verschied sanft am 8. d. M. früh 4 Uhr unsere innigstgeliebte, unvergeßliche gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Juliane Schönbalk

geb. Hoffmann.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 12. d. M., Nachmittags 4 Uhr in Friedrichsfelde bei Berlin vom Trauerhause, Prinzen-Allee Nr. 33, aus statt.

Um stille Theilnahme bittet im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen

Paul Schönbalk,
Jüterbog.

Gestern Mittag $11^3/_4$ Uhr entriß uns der unerbittliche Tod unser einzig heißgeliebtes Söhnchen

Kurt

im Alter von 10 Monaten.

Dieses zeigen tiefbetrübt an

Franz Nöhrenberg und Frau.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 12., Nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause, Gerstenstraße Nr. 14, aus statt.

Heute Morgen $^1/_2$1 Uhr starb unser liebes Töchterchen

Charlotte

im Alter von $7^1/_2$ Monaten.

Dieses zeigen betrübt an

Thorn, den 10. März 1899.

Louis Grunwald u. Frau.

Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 3 Uhr statt.

Wasserleitung.

Die **Aufnahme der Wassermesserstände** für Januar/März d. Js. beginnt am **13. d. Mts.** und werden die Herren Hausbesitzer hiermit ersucht, die **Zugänge** zu den Wassermesserschächten für die mit der Aufnahme betrauten Beamten **offen** zu halten.

Thorn, den 8. März 1899.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Sämmtliche Lieferanten und Handwerker, welche noch Forderungen an städtische Kassen haben, werden ersucht, die bezüglichen Rechnungen ungesäumt, spätestens aber bis zum

1. April 1899

einreichen zu wollen.

Bei verspäteter Einreichung von Rechnungen dürfte sich deren Erledigung gleichfalls verzögern, auch wird alsdann der vertragsmäßig festgestellte Abzug von der Forderung bewirkt werden.

Thorn, den 8. März 1899.

Der Magistrat.

Polizei=Bericht.

Während der Zeit vom 1. bis Ende Februar 1899 sind:

15 Diebstähle, 3 Hausfriedensbrüche,

zur Feststellung, ferner:

in 41 Fällen liederliche Dirnen, in 6 Fällen Obdachlose, in 15 Fällen Bettler, in 7 Fällen Trunkene

zur Arretirung gekommen.

1646 Fremde sind gemeldet.

Als gefunden angezeigt und bisher nicht abgeholt:

Kriegs = Denkmünze 1870/71, Kaiser Wilhelm=Gedächtniß=Medaille, 1 Nadel V. D. K. V., 1 Nadel mit hellem Stein, 1 silberne Herrenuhr, 1 silberne Damenuhr, 1 Portemonnaie mit 4 80 M. 1 Portemonnaie mit 2 Pf., Schlüssel pp, 1 Shawl, 10 Pfennig im Briefkasten, 1 Mark baar, 3 Cigarrentaschen mit Cigarrenspitze (Löwenbräu), 1 Fächer, 1 Paar Glaceehandschuhe, 1 Gummischuh, 1 Stock und Taschentuch, ein schwarzer Regenschirm, 1 Halstuch, 1 Briefmappe, mehrere Schlüssel ein Portemonnaie bei Logan = Kinderheim, 1 anscheinend goldener Ring bei Schade, Hundestraße 2, 1 Damenschirm bei R. Wolff, Seglerstr. 25, 1 Paar braune Winterhandschuhe, Corsetts, schwarze Strümpfe, Regenschirm, anscheinend goldene Ohrringe bei Grundmann, Breitestr. 37, die Hälfte eines Handwagens bei Sablotny, Mocker, Mauerstraße 19, 1 Leiter.

Von der Kgl. Staatsanwaltschaft eingeliefert: 1 Portemonnaie mit 1,83 Mark und 2 russischen Münzen.

Die Verlierer bezw. Eigenthümer werden aufgefordert, sich zur Geltendmachung ihrer Rechte binnen drei Monaten an die unterzeichnete Behörde zu wenden.

Eingefunden haben sich:

1 Huhn, 1 schwarzbunter und ein mittelgroßer brauner Hund; näheres im Polizei=Sekretariat.

Thorn, den 10. März 1899.

Die Polizei=Verwaltung.

---

1. Etage,

bestehend aus 7 Zimmern und Zubehör ist vom 1. April **zu vermiethen.**

E. Szyminski, Windstraße 1.

Bekanntmachung

betr. die Einschulung der schulpflichtig werdenden Kinder zum Ostertermine.

Alle Eltern, Pfleger und Vormünder schulpflichtiger, aber noch nicht eingeschulter Kinder erinnern wir daran, daß nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zum bevorstehenden Ostertermin diejenigen Kinder als schulpflichtig zur Einschulung gelangen müssen, welche das 6. Lebensjahr vollendet haben **oder doch bis zum 30. Juni 1899 vollenden werden.**

Wir ersuchen demgemäß die Eltern, Pfleger und Vormünder solcher Kinder, die Einschulung derselben gleich nach Ostern und zwar in den Gemeindeschulen am

Mittwoch, den 5. April d. Js.

veranlassen zu wollen, weil sonst zwangsweise Einschulung erfolgen müßte.

Thorn, den 7. März 1899.

Die Schuldeputation.

Zum Ankauf eines

Waldes

und Errichtung eines

Sägewerkes

wird Theilhaber mit 50 bis 60 000 Mark Einlage gesucht. Offerten unter **Nr. 939** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

21000 Mark

auf ein ländl. Grundstück sichere Hypothek in der Nähe Thorns gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

7500 Mark

werden zum 1. April auf ein hiesiges Geschäfts-Grundstück hinter Bankgeld **gesucht.** Offerten unter **Z. 100** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

---

4 bis 5000 Mk.

auf sichere Hypothek zu vergeben. Näheres in der Geschäftsstelle d. Zeitung.

B. Doliva,
Thorn-Artushof.
Tuch - Lager.
Maass-Geschäft
für neueste Herrenmoden.
Täglich Eingang von Neuheiten.

Ein gut erhaltenes Fahrrad billig zu verkaufen **Junkerstr. 7, I.**

Schneidermeister

in jeder Stadt, welche elegante Anzüge zu soliden Preisen, **ohne daß der Stoff von ihnen entnommen wird,** anfertigen, wollen sich betreffs Weiterempfehlung nebst Arbeitslohn schriftlich melden.

Lehmann & Assmy,
Spremberg i. Lausitz.

Einen Lehrling,

Sohn anständiger Eltern, sucht

Photograph A. Jacobi.

Lehrlinge verlangt B. Suwalski, Malermeister Schillerstraße 14.

Lehrlinge die Lust haben, die Bäckerei zu erlernen, können sich melden bei **Schwittau**, Gr. Mocker, Lindenstr.

Ein junger Mann, 17 Jahre alt, der zu schwächlich ist um als Lehrling einzutreten, sucht Beschäftigung. Gehalt wird nicht beansprucht. Off. u. **K.** an d. Geschäftsst. d. Z.

Ein anständiger, unverheiratheter

Hausdiener

kann sich melden bei **A. Böhm.**

---

2 ordentliche, kräftige

Laufburschen

verlangt

Oskar Klammer, Fahrradhandlung.

Buchhalterin

mit guten Zeugnissen sucht vom 1. April Stellung. Gefl Offerten erbeten unt. **E. T.** in diese Zeitung.

Mehrere Bonnen, 1 Kindermädchen f. 8 M. mon., Stütze mit gut. Zeugn. sucht v. sof. od. spät. **Helene Makowska,** Seglerstr. 6.

Geübte Plätterin

findet dauernde Beschäftigung bei

Slawikowska, Heiligegeiststr. 15.

Lehrmädchen

für mein Putz-Atelier suche per sofort.

Breitestraße 16. S. Kornblum.

Lehrmädchen

und **Taillenarbeiterinnen** können sofort eintreten **Mellienstr. 114.**

Perfekte Kochfrau

empfiehlt sich den geehrten Herrschaften zu vorkommend. Festlichkeiten, auch zur Aushilfe im Hotel u. Rest. Zu erfr. Gerberstr 11, pt

---

Ein saub. Aufwartemädchen

kann sich sogl. melden Brombergerstr. 72, p. r.

Aufwärterin

sofort verlangt **Schillerstr. 20, II.**

Ein israel. Knabe

wird von Ostern in Pension gesucht. Offert. unt. **Z. 50** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Zur Wolfschlucht.

Unter obigem Namen habe ich am heutigen Tage in den **Kellerräumen** des Hauses

Baderstr. Nr. 28

Bierstuben eingerichtet, was ich einem geehrten Publikum mit der Bitte um gütigen Zuspruch ergebenst anzeige.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Fr. Grunau.

Dampfpflüge

und

Dampfwalzen

in den bewährtesten Constructionen zu Kauf und Miethe

empfehlen

John Fowler & Co., Magdeburg.

Viel Geld * *
*** * sparen Sie**

in Ihrem Haushalt durch ständige Verwendung von

Saccharin-Tabletten,

(Fahlberg, List & Co. in Salbke-Westerhüsen a. E.)

dem **besten, billigsten und gesündesten Süssstoff.**

Der Ersatz von **1 Pfund Zucker**

kostet nur

! 10—12 Pfennige !

Zu haben in allen durch Saccharin-Plakate kenntlichen Drogen-, Kolonial- und Materialwaaren-Handlungen.

Achtung!

Feiner deutscher Cognac, aus reinen **Weintrauben** gebrannt, von mildem **Geschmack** und feinem **Aroma;** von Rekonvaleszenten vielfach zur Stärkung gebraucht. Marke **Supérieur** $^1/_1$ Ltr.=Fl. a Mk. 2,50. Niederlage für Thorn und Umgegend bei

Oskar Drawert, Thorn.



Tapeten!

Naturelltapeten von **10** Pfg. an,
Goldtapeten „ **20** „ „
in den **schönsten** und **neuesten** Mustern.
Man verlange kostenfrei Musterbuch Nr. 304.

Gebrüder Ziegler, Lüneburg.

Eine neue Badewanne

mit Ofen ist billig abzugeben

Brauerstr. 1, 2 Treppen.

Restauration

auch zu jedem andern Geschäft geeignet, ist v. 1./4 zu verm. Coppernicusstr. 39, 2 Tr.

Unser Speicher

Araberstr. 5,

Keller, Parterreräume und 3 Böden ist zu **verkaufen** oder vom 1. April d. J. zu **vermiethen.**

Kuntze & Kittler.

---

1 Treppe

ist eine Wohnung von 3 Zimmern, Entree, Küche u. Zubehör vom 1. April zu vermieth **Jakobstraße 9.**

Eine Hofwohnung,

4 Zimmer, vom 1. April **Seglerstr. 6** zu vermiethen. Zu erfragen im Restaurant.

Brückenstrasse 6

ist eine Hofwohnung zu vermiethen.

Möbl. Zimmer mit und ohne Pension zu vermiethen **Araberstraße 16**

Hochfeines

Backobst

(besteht aus amerikan. Ringäpfeln, gesch. Birnen, Pflaumen, Kirschen, Aprikosen, Pfirsichen, Prünellen, Datteln, Feigen 2c.)

60 Pfg. per Pfund.

S. Simon.

כשר על פסח

div. Weine, Liköre, Cognac, Laureol empfiehlt **J. Schachtel, Schillerstr.**

Conservirte Matjesheringe

empfiehlt **A. Kirmes.**

Legehühner, 1898er Frühbrut!

fleißige Eierleger, ital. Rasse, gelbbeinige, große, kräft. Thiere, (1 Stamm) 15 Hühner u. 1 Hahn, liefert mit Garantie leb. Ank. fracht- und zollfrei zu Mk. 26— Nachnahme.

Hermann Neumann,
Monasterzyska 6, Oesterreich.

Zwei kräftige

Arbeitspferde

hat zu verkaufen

Unions = Brauerei
Richard Gross.

Platin-Brennapparate

anerkannt **bestes Fabrikat** à 8,50, 10 M. 15 Mk. Brennvorlagen, Holz-, Leder- und Pappwaaren zum Brennen, sowie sämmtliche **Malutensilien. Liebig- und Stollwerk-Bilder** kauft tauscht ein und empfiehlt

Leo Wolff, Königsberg i. Pr.
Kantstraße 2.

Israelitischer Frauenverein.

Sonnabend, den 11. d. M.,
Abends 8 Uhr findet das

Stiftungsfest

im Artushofsaale

statt, zu welchem wir ganz ergebenst einladen. Eintrittskarten à 75 Pf., Familienkarten für 5 Personen à 3 Mk. sind bei Herrn **Louis Wollenberg, Breitestr.,** in Empfang zu nehmen.

Thorn, den 6. März 1899.

Der Vorstand.

Litteratur= und Culturverein.

Sonntag, den 12. März
$6^1/_4$ Uhr Abends

Diskussion.

Thema: „Nationales und Weltbürgerliches im alten Israel".

Verein Deutscher Katholiken.

(Gesangs-Abtheilung.)

Uebungsstunde: Dienstag, den 14.,
8 Uhr Abends bei **Nicolai.**

Der Vorstand.

Empfehle mein Atelier zur Anfertigung v.

Damengarderobe

zu soliden Preisen.

F. Preuss, Heiligegeiststr. 13.

Lehrfabrik
Praktische Ausbildung in Maschinenbau und Elektrotechnik.
Curs. 1 Jahr. Prospect d. **Georg Schmidt & Co., Ilmenau i. Th.**

Zum Stricken und Anstricken von

Strümpfen

empf. sich die mech. Strumpf-Strickerei von

F. Winklewski,
Thorn, Gerstenstr. Nr. 6.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 12. März 1899:

Altstädt. evangl. Kirche.
(Kirchen=Visitation.)

Vorm. $9^1/_2$ Uhr: Gottesdienst.
Herr Pfarrer Jacobi.
Abends 6 Uhr: Gottesdienst.
Herr Pfarrer Stachowitz,
Kollekte für den Westpreuß. Provinzial-Verein für innere Mission.

Neustädt. evangel. Kirche.

Vorm. $9^1/_2$ Uhr: Gottesdienst. Im Anschluß: Prüfung der Konfirmanden der St. Georgen=Gemeinde.
Herr Pfarrer Heuer.
Nachher Beichte und Abendmahl.
Kollekte für die Konfirmanden=Anstalt in Sampohl.
Nachmittags: kein Gottesdienst.

Evangelische Garnisonkirche.

Vorm. $10^1/_2$ Uhr: Gottesdienst.
Herr Divisionspfarrer Becke.
Nachher Beichte und Abendmahl.
Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst.
Herr Divisionspfarrer Strauß.

Mädchenschule in Mocker.

Nachm. 5 Uhr: Gottesdienst.
Herr Pfarrer Heuer.

Ev. luth. Kirche in Mocker.

Vorm. $9^1/_2$ Uhr: Gottesdienst.
Herr Pastor Meyer.

Ev. Kirche zu Podgorz.

Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst.
Kollekte für den Kirchbau in Villisaß.
Herr Pfarrer Endemann.

Ev. Schule zu Czernewitz.

Nachm. 2 Uhr: Gottesdienst.
Herr Pfarrer Endemann.

Montag, den 13. März 1899:

Ev. luth. Kirche in Mocker.

Abends $7^1/_2$ Uhr: Passionsandacht
Herr Pfarrer Heuer.

Enthaltsamkeits = Verein zum „Blauen Kreuz".

(Versammlungssaal: Bäckerstraße 49, 2. Gemeindeschule.)

Sonntag Nachmittag $3^1/_2$ Uhr: Gebetsversammlung und Vortrag.

Früherer Briefträger Fr. Groth.

Thorner Marktpreise

am Freitag, den 10. März 1899.

Der Markt war mit Allem gut beschickt.

		niedr. Preis		höchst. Preis	
Rindfleisch	Kilo	—	90	1	—
Kalbfleisch	„	—	80	1	—
Schweinefleisch	„	1	10	1	20
Hammelfleisch	„	1	—	—	—
Karpfen	„	—	—	—	—
Aale	„	—	—	—	—
Schleie	„	—	—	—	—
Zander	„	1	60	1	80
Hechte	„	1	40	1	60
Bressen	„	—	80	1	—
Schollen	„	—	—	—	—
Puten	Stück	5	—	7	—
Gänse	„	—	—	—	—
Enten	Paar	5	—	6	—
Hühner, alte	Stück	1	10	2	50
„ junge	Paar	—	—	—	—
Tauben	„	—	70	—	—
Rebhühner	„	—	—	—	—
Hasen	Stück	—	—	—	—
Butter	Kilo	1	80	2	40
Eier	Schock	2	40	2	60
Kartoffeln	Zentner	1	70	—	—
Heu	„	2	25	3	—
Stroh	„	1	80	2	—

Für Börsen- u. Handelsberichte 2c. sowie den Anzeigentheil verantw. E. Wendel, Thorn.

Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostdeutschen Zeitung, Ges. m. b. H., Thorn.

Hierzu eine Beilage.